



Kritische
Uni *
Hannover



Programm Wintersemester 2011



Kritische
Uni- *
Hannover

Kritische Uni- * Hannover¹ (KrUH)

Veranstaltungsprogramm im Wintersemester 2011

Warum Kritische Universität?

Mit dem Bologna-Prozess ist die Herrschaft des Kapitals über die Lebensweisen, die Bedürfnisse und die Art ihrer Befriedigung an den Hochschulen zweifellos weiter vorgedrungen. Die Hochschulen werden von Studierenden und Lehrenden viel mehr als noch in den 1970er und 80er Jahren als Institutionen begriffen, die man besuchen muss, um mit einem möglichst guten Abschluss einen möglichst guten Job zu bekommen. Das Interesse am tieferen Verständnis und an einer Veränderung der Welt, womit auch die Fähigkeit verbunden ist, an einem sozial gelingenden und ökologisch verträglichen Zusammenleben beitragen zu können, haben u.a. mit der Bachelorisierung, den zeitlich und inhaltlich restriktiven Studienordnungen und den Studiengebühren weiter an Bedeutung für die Studierenden verloren.

Dabei hätten einige Inhalte jener Studienreform, die im faktischen Bologna-Prozess als „Studien-Deformen“ umgesetzt wurden, im Interesse der Studierenden implementiert werden können. Eine hochschul- und studiengangübergreifende Modulbauweise und die konsekutive aber nicht selektierende Abfolge von Bachelor und Master sollten die Freiheiten des Studiums erhöhen, so dass etwa eine Soziologie-Studentin bei Interesse und Bedarf auch Veranstaltungen im Maschinenbau oder der Medizin würde besuchen können. Sie hätte durch kleinere Zwischenschritte und Abschlüsse (Modul- und Bachelorprüfungen), die den Bildungsweg überschaubar halten, bessere Orientierung schaffen und die Dropout-Quote verringern können.

¹ Unbeachtet der Tatsache, dass es mittlerweile eine lange Tradition `Kritischer Universitäten` gibt, die von unten bzw. von Studierenden organisiert werden, hat uns das Präsidium der Leibniz Universität Hannover aufgefordert, uns nicht mehr `Kritische Universität Hannover` zu nennen, weil wir kein Promotionsrecht haben und mit der Leibniz Universität Hannover verwechselt werden könnten. Die Universitätsleitung versucht mit formaljuristischen Mitteln die Selbstbehauptung kritischer Wissenschaften zu unterbinden, da solche der zur Marke reduzierten und auf den Markt ausgerichteten, formalisierten `Universität` offensichtlich nicht mehr gut zu Gesicht stehen. Die Universität wird demnach vorrangig als eine Marke, nicht als öffentlicher Raum, in dem die Freiheit der Wissenschaft gilt, betrachtet.

Aber auch wir wollen mit einer unkritischen Universität nicht verwechselt werden. Daher haben wir das Anliegen des Präsidiums, den Namen zu ändern, zu unserem gemacht und Folge geleistet.

Solche Reformbausteine hätten im Rahmen einer emanzipatorischen Politik sinnvoll das Studium verbessern können. Im Rahmen der neoliberalen Deformierung des Sozialen wandelten sich aber alle darin angelegten befreienden Momente in neue, viel bedrückendere Zwänge, die der herrschaftsreproduzierenden Subsumtion von Subjektivität dienen.

Das Studium an einer Kritischen Hochschule muss dagegen wieder viel mehr Selbstzweck sein. Es muss in der Studienpraxis eine Lebensweise ermöglichen, die schon im hier und jetzt auf Lebensweisen einer im Ganzen emanzipierten Gesellschaft vorgreift, und es muss durch Kritik und Selbstreflexion Kompetenzen erwirken, die Subjekte zur Beförderung eben dieser emanzipierten Gesellschaft befähigen können. Kritische Hochschule muss zumindest einen Kerngedanken verkörpern: die Notwendigkeit und die wie auch immer begrenzten Möglichkeiten, „zu einer Wirtschaft überzugehen, die von der Herrschaft des Kapitals über die Lebensweise, die Bedürfnisse und die Art ihrer Befriedigung befreit ist.“ (André Gorz)

Studium, Lehre und Forschung an einer Kritischen Hochschule sind davon geprägt, sich von heteronomen Zwängen zu befreien, u.a. um so ökonomischen, sozialen und ökologischen Krisen mit Alternativen begegnen zu können. Die Entwicklung alternativer Praktiken sollte hierbei in interdependenten Zusammenhängen zu kritischen Theorien stehen.

Dazu braucht es Ressourcen – Zeitsouveränität zunächst, die von den Rhetoriken der Selbstmobilisierung und das auf *employability* getrimmte Lebenszeitregime genauso bedroht wird, wie von der Kommodifizierung der Studienzeiten durch Gebühren. Es braucht die souveräne Verfügung über Räume für die Aneignung und Distribution von Wissen und von selbstbestimmten Praktiken.

Die Kritische Hochschule wäre also ein dekommodifizierter Raum, in dem Prozesse der Kri-tikentwicklung und des forschenden Lernens Zeit und Raum haben, ein Ort des Lernens in autonomen Gruppen und Projekten, die sich der Logik der Selbstentäußerung zugunsten einer heteronomisierenden Profitabilität widersetzen.

Wir stellen uns vor:

Es gibt Zeitsouveränität, z.B. übergangsweise ermöglicht durch Grundeinkommen, garantiert, bedingungslos, ausreichend. Dadurch könnte die Angst vor Verarmung und Ausgrenzung schwinden und einem Studium sowie einer Suche nach alternativen Lebensweisen Zeit und Raum geben.

Wir stellen uns vor:

Die selbstbestimmten und „subsistenzlogisch“ organisierten Praxisfelder gewinnen wieder an Bedeutung und lassen die (scheinbar) wohldotierten Jobs, die durch ein konformistisches Studium vielleicht zu haben sind, öde, fad und eindimensional erscheinen. Denn wissenschaftliche Erkenntnisse sind im Kontext einer Kritischen Uni insbesondere dann von Bedeutung, wenn sie Bedürfnissen folgen, die auf die Entwicklung und Entfaltung eines emanzipierten Subjekts und einer entsprechenden Gesellschaft abzielen.

Wir stellen uns vor:

Die Hochschulen werden einer der Orte, an dem Menschen lernen, sich von den Interessen des Kapitals abzuwenden, sich einer fremdbestimmten Vergesellschaftung zu widersetzen, autonom Interessen und Bedürfnisse zu artikulieren und alternative Lebensweisen zu erproben.

Davon sind wir weit entfernt. Und doch können stets Chancen genutzt werden zur Eröffnung von Möglichkeitsfeldern, die einer nach anderen Maßstäben bestimmten „Realpolitik der Vernunft“ (Bourdieu) zuträglich sind. Die Kritische Hochschule soll ein solches Möglichkeitsfeld sein. Dafür ist es unabdingbar, in allen Veranstaltungen Prinzipien emanzipierender Selbstorganisation und Selbstbestimmung präsent zu halten. Zudem soll eine Entwicklung und Institutionalisierung einer – sei es auch nur in Ansätzen kritischen Praxis in den Hochschulen angestrebt werden.

Veranstaltung I:

Krise und Zukunft des parlamentarischen Systems

Freitag, 21. Oktober 2011, 13:30 - 18:30 Uhr, Im Moore 21, Raum A 416

Die parlamentarische Demokratie in den Ländern des Westens ist in einer tiefen Struktur- und Legitimationskrise: Die durch Wahlen formal legitimierten Parlamentarier_innen werden von vielen Bürger_innen als Vollzugspersonal von als alternativlos behaupteten wirtschaftlichen „Sachzwängen“ und damit verbundenen mächtigen Wirtschaftsinteressen wahrgenommen.

Dieser Einfluss macht sich an verschiedenen konkreten Entwicklungen fest: Zu denken ist an jene Ghostwriter aus Konzernen oder Verbänden, die Gesetzesvorhaben erarbeiten oder an jene Lobbyisten, die in „Hinterzimmern“ genauso wie in „den Medien“ (oft als neutrale „Experten“ ausgewiesen) wesentlichen Einfluss auf Reformprozesse nehmen (zum Beispiel: die Privatisierung der Sozialversicherungssysteme); zu denken ist nicht zuletzt an jene Gesetze, die unter hohem zeitlichen Druck ohne öffentliche Debatte verabschiedet werden (zum Beispiel: das „Bankenrettungspaket“).

Die parlamentarischer Politik wandelt sich im Zuge dessen zunehmend zur v.a medial vermittelten Vermarktung von in elitären Kreisen abgestimmten Entscheidungen und somit zur *Legitimationsbeschaffung* (Stichworte des einschlägigen legitimatorischen „Politsprechs“: „Die öffentlichen Kassen sind leer“, „Leistung muss sich lohnen“, „Es geht um die Sicherung von Arbeitsplätzen“, „Man darf nicht über seinen Verhältnissen leben“, „Der demographische Wandel erfordert Einschnitte“ usw. usf.).

Die gesellschaftliche Bedeutung dieser in den Politikwissenschaften unter dem Begriff der „Postdemokratie“ diskutierten Entwicklungstendenzen wird von Staatsrechtler_innen auf alarmierende Weise vor Augen geführt, sehen doch viele Vertreter_innen der Zunft in ihnen nichts Weniger als die „Aushöhlung der Grundrechte“ und damit die „Erosion des Rechtsstaats“, d.h. die Zerstörung der sozialen und rechtlichen Grundlagen des demokratischen Rechtsstaats als solchem.

Doch die ausgewiesenen Tendenzen der Ent-Demokratisierung sind unübersehbar nicht ungebrochen: Nicht nur häufen sich Widerstände gegen „die da oben“ beim wahlmüden Staatsvolk (zum Beispiel: Stuttgart21, Castor-Transporte, Laufzeitverlängerung der AKW), sondern auch „die da oben“ erweisen sich als „reformfähig“: Mehr „Bürgerbeteiligung“ durch Einrichtung „Runder Tische“, „Volksentscheide“ oder erweiterte Einflussmöglichkeiten auf kommunalpolitischer Ebene sind allenthalben zu verzeichnen. Aber Unzufriedenheit oder Wut der (Normal)Bürger_innen halten an und Proteste bleiben bestehen. Zu verzeichnen sind zudem die Entwicklung neuer basisdemokratisch orientierter Formen der sozialen Selbstorganisationen (zum Beispiel: Solidarische Ökonomien, Basisgewerkschaften, Transition Towns).

Wir wollen uns mit der Krise des parlamentarischen Systems und seinen Entwicklungsperspektiven auseinandersetzen: Welche ökonomischen Strukturen und Dynamiken liegen der Entwicklung und Transformation des westlichen Parlamentarismus und seiner staatsrechtlichen Legitimation zugrunde? Wie lässt sich diese Transformation begrifflich fassen? Wie demokratisch ist das parlamentarische System überhaupt? Welche Reformen sind denkbar und

welche alternativen demokratischen Konzeptionen und Potentiale scheinen in den Protestbewegungen auf? Diese Fragen sollen mit Fokus auf die BRD diskutiert werden.

13.30 – 13.45 Uhr

**Dr. Helmut Heit (Berlin):
Begrüßung und Einführung**

13.45 – 15.00 Uhr

**Prof. Dr. Andreas Fisahn (Bielefeld):
Zur Erosion des Rechtsstaats in der „Postdemokratie“**

Die Finanz- und Wirtschaftskrise, die 2007 mit den Subprime Krediten ihren Anstoß bekam befindet sich in einer neuen Phase und drängt die Staatschefs der Europäischen Union in kurzen Abständen zu Krisentreffen. Dabei scheint sich ein neues Paradigma der Wirtschaftspolitik heraus zu kristallisieren, das den Marktradikalismus der neoliberalen Ära, die spätestens seit den 1990er Jahren die Welt fest im Griff hatte, ablöst. Damit entwickelt sich möglicherweise auch eine neue Form der politischen Herrschaft. Die neoliberale Epoche setzte – nicht nur, aber besonders in Europa – auf die Erzeugung von wirtschaftspolitischen Zwängen, die den Staat zu einem Standortwettbewerb zwang, der unterschiedliche Folgen hatte: ein Richtungswechsel der Politik war faktisch ausgeschlossen, die öffentliche Diskussion beschäftigte sich mit Symbolpolitik, die politischen Entscheidungen wurden von öffentlichem Einfluss abgeschottet insbesondere indem sie nach Europa verlagert wurden. Schließlich wurde der Bereich des Öffentlichen reduziert, dem Markt überantwortet und öffentliche Entscheidungen direkt Privaten überantwortet, der informale Rechtsstaat wurde formalisiert.

Mit der Wirtschaftskrise rückte der Staat wieder in die Rolle des Protagonisten der Wirtschaftspolitik. Auch die Vertreter eines strengen Marktradikalismus riefen nach staatlichen Interventionen. Banken wurden verstaatlicht, weltweite Konjunkturprogramme aufgelegt und Regulierungen der Finanzmärkte angeschoben. Der Staat ist als Akteur auf die Bühne der Politik zurückgekehrt, womit demokratischer, öffentlicher Einfluss aber keineswegs gestiegen ist. Vielmehr zeichnet sich als Entwicklungsweg die Perspektive einer autoritären Wirtschaftsregierung in Europa ab, die den Staaten der europäischen Peripherie im Gegenzug gegen Kreditmargen und Rettungsaktionen die alten neoliberalen Rezepte zentral verordnet, sich den Finanzmärkten, die als Subjekt erscheinen und behandelt werden, das eigenständige, kohärente Entscheidungen trifft, unterwirft und gleichzeitig versucht, die Spitzen irrationaler Finanzpraktiken zu brechen. Das Publikum und selbst die handelnden politischen Akteure sehen staunend zu und sind kaum in der Lage den Vorschlägen des Blocks der Experten aus Bürokratie und Ökonomie zu folgen und diese im öffentlichen Diskurs zu thematisieren. Gegenentwürfe sind rar und eine konsistente Alternative kaum zu erkennen. Es wird darum in dem Vortrag darum gehen, die aktuellen Entwicklungen aufzuzeigen, zu analysieren und ihre Wirkungen auf demokratische Einflusspotenziale zu eruieren.

15.00 – 15.15 Uhr
Pause

15.15 – 16.30 Uhr

Dr. Thomas Wagner (Berlin):

Direkte Demokratie als Mogelpackung. Wie die Rechte das parlamentarische System aus den Angeln heben will

Aus den Mündern von Personen, die in besonderer Weise den Interessen des Kapitals verpflichtet sind, erschallt zunehmend ein Ruf nach Demokratie. Die Vorhut bilden prominente Medienintellektuelle wie der Ex-BDI-Chef Hans-Olaf Henkel oder Hans Herbert von Arnim. Aber auch Autoren der Neuen Rechten werben für neue Formen direkter Demokratie.

Sie fordern eine Zurückdrängung der Parteienmacht und die Erweiterung plebiszitärer Mitwirkungsrechte. Schaut man genauer hin, enthüllt sich das als scheindemokratische Demagogie, um die bestehende Elitenherrschaft plebiszitär zu legitimieren und den Widerstand gegen die ungehemmte Entfaltung der Marktkräfte zu lähmen. Der Vortrag zeigt, wie versucht wird, demokratische Energien zugunsten eines Systemumsturzes von rechts umzulenken und er skizziert, wie aus emanzipatorischer Perspektive dagegen gehalten werden kann.

16.30 – 16.45 Uhr
Pause

16.45 – 18.00 Uhr

Prof. Dr. Roland Roth (Magdeburg-Stendal):

Demokratie neu erfinden! Über die Entleerung repräsentativer Demokratien und Wege zur demokratischen Erneuerung

Wer heute von einem wachsenden demokratischen Defizit, ja von einer Strukturkrise repräsentativer Demokratien spricht, kann sich nicht nur auf Alltagserfahrungen, sondern auf populäre wissenschaftliche Konzepte wie das der „Postdemokratie“ (Crouch) berufen. Symptome sind ein schwindender Glaube an die Leistungsfähigkeit von Regierungen und ihre repräsentative Legitimation. Zwei Drittel der Bevölkerung in Deutschland haben ein eher niedriges oder sehr niedriges Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit der Politik, gleichzeitig fordern heute mehr als 80 Prozent mehr direkte politische Beteiligung.

Damit sind die Grundlagen der klassischen Variante der „realistischen“ Demokratietheorie, wie sie Joseph A. Schumpeter bereits in den 1940er Jahren konzipiert hat, unrealistisch geworden. Er hatte das notwendige und wünschbare Maß an Beteiligung auf die periodische Wahl von konkurrierenden professionellen Mannschaften reduziert, die den Bürger und die Bürgerin weitgehend von politischem Engagement entlasten. In vergleichenden Studien über westliche Demokratien werden seit einigen Jahren Vertrauensverluste der politischen Institutionen, ein schwindendes Ansehen ihrer Akteure und eine nachlassende Unterstützung bei Wahlen beklagt. Für Großbritannien formulierte ein kritischer Beobachter: „Die durchschnitt-

liche Wahrscheinlichkeit, dass wir wählen, in politische Parteien eintreten und den gewählten Repräsentanten vertrauen, ist heute geringer als vor 30 Jahren. Gleichzeitig beteiligen sich aber mehr Menschen als je zuvor an einem breiten Spektrum an sozialen Bewegungen und Kampagnen, und die Hälfte der Bevölkerung sagt, sie sei politisch interessiert. Insgesamt möchten wir uns also mehr politisch engagieren, aber finden keine einfachen Wege dies zu tun“ (Bartlett). Eine den gewachsenen Beteiligungsansprüchen der Bevölkerung angemessene Vertiefung und Vitalisierung demokratischer Strukturen durch den Ausbau von deliberativen, assoziativen und direkt-demokratischen ist auch in Deutschland bislang weitgehend ausgeblieben. Gegenwärtig werden weltweit 60 bis 100 Formen demokratischer Beteiligung erprobt: von den im brasilianischen Porto Alegre gestarteten und nun auf vielen Kontinenten verbreiteten lokalen Bürgerhaushalten bis zu konsultativen Bürger_innen-Räten wie im österreichischen Vorarlberg, die oft im Kontext sozialer Bewegungen erfunden und entwickelt wurden. Die Vielfalt demokratischer Beteiligungsformen findet zwar zunehmend öffentliche Wertschätzung und wird verstärkt - überwiegend - auf der kommunalen Ebene genutzt, aber es zeichnen sich bislang keine demokratischen Strukturreformen ab, die den gewachsenen Gestaltungsansprüchen der „Bürgerschaft“ gerecht würden.

18.00 – 18.30 Uhr

Abschlussdiskussion

Verantwortlich und Kontakt:

Gregor Kritidis (g.kritidis@apc.de), Helmut Heit (helmut.heit@tu-berlin.de), Lars Meyer (lmeyer@uni-bremen.de)

Veranstaltung II:

Die Krise der Staatsfinanzen. Ökonomische Grundlagen und politische Folgen

Freitag, 4. November 2011, 13:30 - 18:30 Uhr, Im Moore 21, Raum A 210

Im öffentlichen wirtschaftspolitischen Diskurs ist kaum ein Thema so dominant, wie die Entwicklung der Staatsfinanzen. Maastricht-Kriterien, Euro-Stabilität, Spargebot der „öffentlichen Hand“, Privatisierungsgebot, Schuldenbremse, Rettungsschirm, PIIGS-Staaten: das sind die Stichwörter einer weit verzweigten Debatte. Auf lange Sicht ist bemerkenswert, dass trotz beachtlichen rhetorischen Aufwands die reale Entwicklung der Staatsverschuldung sich kaum nach der „Farbe der Regierung“ richtet. Sowohl die neoliberalen anglo-amerikanischen als auch die sozialdemokratischen Regierungen des Kontinents haben in den letzten Jahrzehnten die Staatsausgaben zu einem großen Teil auf Kredit getätigt. Die verschiedenen Finanzkrisen haben zudem zu einer extremen Zuspitzung dieser Entwicklung geführt. In einigen Staaten Europas und den USA scheint diese Politik nun an ihre Grenze gekommen zu sein. Die Rolle des Dollars als Weltwährung wird, auch wegen der Staatsverschuldung, ebenso in Frage gestellt, wie der Bestand des Euro. Wie die weitere Entwicklung auch sein wird, es steht viel auf dem Spiel.

In der breiten Öffentlichkeit ist das Thema daher stark emotionalisiert. So lassen sich z.B. gerade im Bereich der internationalen Kooperationen leicht nationalistische Ressentiments mobilisieren, indem „die faulen Griechen“ den „sparsamen und leistungsbereiten Deutschen“ gegenübergestellt werden. Auf internationaler Ebene zeigt sich daher ein großes Konfliktpotential in der politischen Auseinandersetzung. Ziel der Veranstaltung ist es, dieses näher zu bestimmen und über Interventionsmöglichkeiten nachzudenken.

13.30 – 13.45 Uhr

Volker Drell (Hannover):

Begrüßung und Einführung

13.45 – 15.00 Uhr

Dr. Sabine Reiner (Berlin):

Staatsschulden und Staatsfinanzen in Deutschland

Wenn es um Schulden geht, wird in Deutschland – nicht nur von Kanzlerin Merkel – gerne die schwäbische Hausfrau bemüht. Sie wisse genau, dass man nicht mehr ausgeben könne als man hat, dass man auf Dauer nicht über seine Verhältnisse leben könne. Die Analogie ist aus zwei Gründen problematisch: Erstens stehen immer die Ausgaben nicht aber die Einnahmen im Vordergrund, zweitens gelten für einen Staat andere Regeln als für einen privaten Haushalt. Der Fixierung der politisch Verantwortlichen auf diese problematische Analogie ist es geschuldet, dass in Deutschland eine so genannte Schuldenbremse im Grundgesetz verankert

wurde, wodurch ein weiteres „Jahrzehnt der Entstaatlichung“ (Peter Bofinger) zu befürchten ist. Aus makroökonomischem Blickwinkel kann ein Land sich aus Schulden aber nicht heraus sparen, sondern muss herauswachsen. Mäßige Inflation ist dafür nicht schädlich, sondern hilfreich.

15.00 – 15.15 Uhr

Pause

15.15 – 16.30 Uhr

Dr. Judith Dellheim (Berlin):

Die Finanzarchitektur Europas im Umbruch

„Umbrüche“ stehen für Entwicklungen, die das bisherige Zusammenspiel von Akteuren, Teilen und Teilsystemen erschüttern, stören bzw. beenden. Es muss also ein neues Zusammenspiel mit neuen Regeln zustande kommen und die Frage ist: wie verändern sich mit welchen Umbrüchen in der globalen und EU-Finanzarchitektur die Positionen der verschiedenen Akteure mit ihren widersprüchlichen Interessen? Was passiert, wenn dabei die Standortkonkurrenz immer aggressiver wird?

Das Europäische Währungssystem, dann die Wirtschafts- und Währungsunion haben sich bei zunehmender globaler Konkurrenz in Reaktion auf destabilisierende äußere Ereignisse entwickelt. Dollar-, Öl-, Finanz- und Wirtschaftskrisen sind hier Stichpunkte. Andererseits ist die Entwicklung der EWWU auf das Engste mit dem Gemeinsamen Markt verknüpft und so mit Interessenkämpfen unter den verschiedenen Kapitalfraktionen – nicht zuletzt den deutschen und französischen. Immer dominierten die Interessen der wirtschaftlich Stärksten, die wiederum Gewinner der Umbrüche werden bzw. bleiben wollen. Ihre Leitworte sind „Haushaltskonsolidierung“ und „nachhaltige Finanzen“, „Eurorettung“, „Staatsbankrott verhindern“. Dabei werden erneut Konkurrenzzwänge angepeitscht.

16.30 – 16.45 Uhr

Pause

16.45 – 18.00 Uhr

Anne Tittor (Kassel) und Nico Weinmann (Kassel):

Staatsbankrott: ökonomische und soziale Folgen. Der Fall Argentinien

Die argentinische Gesellschaft hat erst vor wenigen Jahren (2001/2002) eine tief greifende Krise erlebt. Der Staat musste aufgrund seiner hohen Verschuldung die Zahlungen an private und öffentliche Gläubiger zeitweise einstellen bzw. einseitig erheblich reduzieren. In der Folgezeit erfasste eine große Protestbewegung das Land und die herrschenden politischen Kräfte schienen unfähig, die Krise zu bewältigen. Die neoliberale Politik der 1990er Jahre war am Ende. Ein „revolutionärer Umbruch“ ist ausgeblieben, doch die Regierungen Kirchner haben die argentinische Gesellschaft mit einer Mischung aus Beschneidung der Interessen der Gläubiger und einer nachfragestimulierenden Wirtschafts- und Sozialpolitik aus der Situation

der scheinbaren Unregierbarkeit herausgeführt. Heute gilt es trotz seiner Probleme als so stabil, dass es als erfolgreiches Beispiel für die Bewältigung eines Staatsbankrotts angesehen wird. Der Vortrag wird darlegen, welches die sozialen und politischen Folgen der Krise waren und wie es um die Kreditwürdigkeit und -bedürftigkeit des Landes heute bestellt ist. Zudem wird diskutiert, inwiefern seine Lage, denen der Euro-Länder ähnelt.

18.00 – 18.30 Uhr

Abschlussdiskussion

Verantwortlich und Kontakt:

Volker Drell (volker.drell@googlemail.com)

Veranstaltung III:

Aufbruch und Umwälzungen im 'arabischen Raum'

Freitag, 18. November 2011, 13:30 - 18:30 Uhr, Im Moore 21, Raum A 416

Die scheinbar überraschenden Aufstände und Umwälzungen in Nordafrika und im Nahen Osten werfen zahlreiche Fragen auf und erfordern fundierte Analysen. Im Rahmen dieser Vortrags- und Diskussionsveranstaltung sollen folgende Aspekte genauer beleuchtet werden: Wie ist es um grundlegende Gemeinsamkeiten und Differenzen der sozialen Bewegungen des ›arabischen Frühlings‹, sowie der verschiedenen Gruppierungen innerhalb der jeweiligen Länder bestellt? Wer sind die Akteure? Wie lässt sich der Zeitpunkt des Aufbruchs erklären? Inwiefern taugt der Begriff der Revolution, um die Vorgänge zu fassen, oder ist er untauglich? Was sind zentrale politische, ökonomische, soziale sowie kulturelle Ursachen und Motive? Wie ist es in diesen Zusammenhängen um emanzipatorisches Potential, wie um politische Kräfteverhältnisse bestellt? Welche Rolle spielt das Internet für die sozialen Bewegungen bzw. für die Herstellung von Öffentlichkeit und die Organisation von Widerstand? Eine politische Einschätzung der Auswirkungen auf aktuelle europäische Protestbewegungen (z.B. Griechenland, Spanien) und die Erörterung struktureller Zusammenhänge erscheinen sinnvoll.

13.30 – 13.45 Uhr

**Maria Tsenekidou (Hannover) und Dr. Gregor Kritidis (Hannover):
Begrüßung und Einführung**

13.45 – 15.00 Uhr

Pedram Shahyar (Berlin):

Das Zentrum des arabischen Frühlings: Die Revolution in Ägypten

Wenn Tunesien die Avantgarde für den arabischen Frühling war, ist Ägypten ihr Zentrum und Kairo ihre Hauptstadt. In dieser Veranstaltung wollen wir die Entstehung und den Verlauf der Revolution in Ägypten analysieren. Es werden die gesellschaftlichen Widersprüche beleuchtet, die zu der revolutionären Gärung geführt haben und den Wellen von sozialen Bewegungen des letzten Jahrzehnts. Dann wird der Aufstand selbst diskutiert, wobei hier die Rolle von Organisationen und Sozialen Medien im Vordergrund stehen. Als letztes wird die politische Entwicklung seit dem Aufstand in Ägypten grob umrissen. Bei der ganzen Beschreibung werden Vergleiche zu der vorangegangenen Revolte im Iran 2009 gezogen, um ein besseres Verständnis für den Erfolg der Revolution zu gewinnen.

15.00 – 15.15 Uhr

Pause

15.15 – 16.30 Uhr

Dr. Huda Zein (Marburg):

Syrien: Formen der Negation und die schwierige Geburt der Freiheit

Eine Revolution ist noch keine Freiheit, zunächst ist sie eine Negation des Bestehenden und Ausdruck radikalen Umbruchs. Revolutionen vollziehen sich in tiefen gesellschaftlichen Widersprüchen zwischen den Herrschenden und Beherrschten. Der Kampf um Aufklärung wird stets von Rückschlägen begleitet. Die arabischen „Einmann-Machthaber“ kämpfen um ihr Überleben. Nur zwei von ihnen sind bisher gestürzt worden, Bin Ali in Tunesien und Mubarak in Ägypten. In Tunesien stockt die Revolte, in Libyen herrscht militärischer Kampf, in Jemen nutzt Al Qaida die Krise und das Land ist im Chaos, in Bahrain wurde die Revolution im Keim erstickt.

16.30 – 16.45 Uhr

Pause

16.45 – 18.00 Uhr

Dr. Gregor Kritidis (Hannover)

Unterschiede und Zusammenhänge der gegenwärtigen sozialen Bewegungen im „arabischen Raum“ und Europa

Infolge der weltweiten Wirtschaftskrise drohte Griechenland Anfang 2010 die Zahlungsunfähigkeit. Anstatt jedoch den Staatsbankrott zu erklären, wird Griechenland im Interesse der Gläubiger seit Mai 2010 von der aus Vertreter_innen der EZB, der EU-Kommission und des IWF bestehenden "Troika" zwangsverwaltet. Bis ins Detail wird der griechischen Regierung vorgeschrieben, wann welche Maßnahmen umzusetzen sind. Mit dieser Quasi-Diktatur ist ein schockartiger Abbau von demokratischen und sozialen Rechten verbunden, die bisher durch nationales und internationales Recht verbürgt waren. Neben dem Budgetrecht des griechischen Parlaments oder dem Koalitionsrecht sind wesentliche Rechtsgüter, die sich auf soziales oder materielles Eigentum beziehen, aufgehoben worden. Griechenland ist damit zum Testfeld einer europäischen Krisenpolitik geworden, die im Interesse der großen Kapitalgesellschaften zunehmend auf autoritäre Lösungen setzt.

Gegen diese Politik hat sich eine breite soziale Bewegung formiert, die im Juni, als nach ägyptischem und spanischen Vorbild die öffentlichen Plätze aller größeren Städte besetzt worden waren, die Regierung Papandreou quasi schon gestürzt hatte. Erst nach Intervention aus Berlin und Paris konnte Papandreou im Amt gehalten werden. Die Zukunft der griechischen Demokratiebewegung wird daher in hohem Maße von den weiteren Entwicklungen in den anderen Ländern der EU und des Mittelmeerraumes abhängen.

18.00 – 18.30 Uhr

Abschlussdiskussion

Verantwortlich und Kontakt:

Maria Tsenekidou (Kidou@web.de)

Veranstaltung IV:

Ressourcenmangel und Naturzerstörung im Kontext umweltpolitischer Entscheidungsprozesse

Freitag, 02. Dezember 2011, 13:30 - 18:30 Uhr, Im Moore 21, Raum A 210

Trotz der zunehmenden Präsenz von Umwelt- und Ressourcenthemen in öffentlichen Diskursen und trotz der zunehmenden Berücksichtigung der damit verbundenen Problematiken in politischen Entscheidungsprozessen, haben Naturzerstörungen und der Mangel an ökonomisch nutzbaren Stoffen zugenommen. Setzt man voraus, dass mediale Präsenz und „politische Einbindung“ darauf abzielen sollen, dieser Entwicklung entgegenzuwirken, bedarf es der Erklärung dieser „Divergenz“.

Zumindest zwei Felder sollen Gegenstand der Veranstaltung werden:

1. Eine empirische Fundierung zur „Lage der Natur“, in der der aktuelle Kenntnisstand zum Ausmaß, zu den Qualitäten und den Entwicklungstrends von Verbräuchen, Verschmutzungen und Senken ebenso thematisiert wird, wie die vorherrschende unkritische Rezeption von technologischen Lösungsansätzen.
2. Eine Bestandsaufnahme und Kritik der Praxis aktueller Umweltpolitiken und die hieraus sich ergebenden Konsequenzen der Entwicklung alternativer Politik- und Ökonomieansätze.

In Fortsetzung der ökonomiekritischen Veranstaltung der letztjährigen KrUH zum Rahmenthema „gesellschaftliche Naturverhältnisse“, liegt der diesjährige Schwerpunkt auf politikkritischen Analysen. Die »Kritische Uni Hannover« möchte hierbei anhand theoretischer Fundierungen, ausgewählter Beispiele sowie der Vorstellung alternativer Arbeits- und Lebenspraxen in kritischen und offenen Referaten sowie Diskussionen einen Beitrag liefern, das Defizit an kritischer Gesellschaftstheorie zu verringern, und über das Zusammendenken von Theorie und Praxis praktische Perspektiven vorstellen.

13.30 – 13.45 Uhr

Dr. Athanasios Karathanassis (Hannover) und Dr. Thomas Köhler (Hannover)
Begrüßung und Einleitung

13.45 – 15.00 Uhr

Norbert Rost (Dresden):

Strukturbruch Peak Oil – Zwischen Untergangsstimmung und Richtungssuche

Das, was wir Industrialisierung nennen, war ohne den Zugang zu energiedichten Rohstoffen undenkbar: Kohle trieb die Dampfmaschine, Öl den Verbrennungsmotor, Gas heizt unsere Häuser und düngt unsere Felder. Doch die fossilen Rohstoffe nähern sich ihrem Fördermaxi-

mum. Steigende Preise und Verknappung untergraben das industrielle Fundament, die Limitierung der Rohstoffe deckelt das Wachstum. Die Solarzelle dezentralisiert die Energieernte, doch es ist unwahrscheinlich, dass sie den Rückgang der nutzbaren Energiemengen ausgleichen kann. Ist der Kapitalismus kompatibel mit dem absehbaren Strukturwandel?

Eine den absehbaren Entwicklungen angepasste Politik kann sich nicht darauf ausruhen, das Bestehende zu verwalten. Sie müsste aktiv um praktische Visionen bemüht sein, die eine Richtung aufzeigen, wie Leben und Wirtschaften angesichts Rohstoffknappheit und Klimawandel aussehen kann. Aber wo gibt es sie, die Ansätze in der aktuellen Politik, die nicht den Ereignissen hinterher hechelt, sondern sie vorausschauend gestaltet?

13.45 – 15.00 Uhr

Pause

15.15 – 16.30 Uhr

PD. Dr. Markus Wissen (Wien):

Imperiale Lebensweise und die Krise internationaler Umweltpolitik

Der Beitrag geht der Frage nach, warum es auf internationalen umweltpolitischen Terrains wie der Klimarahmenkonvention und ihrem Kyoto-Protokoll schwierig bis unmöglich ist, die ökologische Krise an ihren Ursachen anzugehen und welche politischen Konsequenzen daraus zu ziehen wären. Ausgangsannahme ist, dass sich die aktuelle Krise der Umweltpolitik nur dann angemessen begreifen lässt, wenn die den globalen umweltpolitischen Regelwerken zugrunde liegenden sozial-ökologischen, ökonomischen und geopolitischen Kräfteverhältnisse in den Blick genommen werden. Zu diesem Zweck wird der Begriff der „imperialen Lebensweise“ des globalen Nordens eingeführt. Dieser bezeichnet die Hegemonie von global nicht verallgemeinerbaren „fossilistischen“, also auf der Verbrennung von fossilen Energieträgern beruhenden, Produktions- und Konsummustern (Auto-Mobilität, hoher Fleischkonsum, Billigflüge etc.) sowie die Externalisierung der sozial-ökologischen Kosten, die diese verursachen. Die imperiale Lebensweise liegt den Widersprüchen internationaler Umweltpolitik zugrunde. Ihre mit dem ökonomischen und politischen Bedeutungsgewinn der großen Schwellenländer sich abzeichnende Verallgemeinerung spitzt, so die zentrale These, diese Widersprüche zu – mit dem Resultat einer gleichzeitigen Aufwertung und strukturellen Überforderung internationaler umweltpolitischer Staatsapparate.

16.30 – 16.45 Uhr

Pause

16.45 – 18.00 Uhr

Dr. Gisela Notz (Berlin):

(Bis Redaktionsschluss lagen keine Informationen vor.)

18.00 – 18.30 Abschlussdiskussion

Verantwortlich und Kontakt:

Athanasios Karathanassis (karathanassis@gmx.net), Thomas Köhler (drth.koehler@web.de)

Informationen zur Organisator innengruppe:

Bengt Bethmann

bengt24281@aol.com

Doktorand am Institut für Soziologie der Leibniz Universität Hannover. Zurzeit freier Mitarbeiter des DGB Courage Projekts, Hannover. Arbeitsschwerpunkte: Antisemitismus, Gesellschaftstheorie, Geschichtssoziologie.

Volker Drell M.A.

volker.drell@gmail.com

Geb. 1977, studierte Philosophie und Geschichte in Hannover und Bologna. Forschungsschwerpunkte: Politische Philosophie, Geschichte der sozialen Frage, empirische und normative Gerechtigkeitsforschung, Umweltethik, Geschichtsphilosophie.

Dr. Marcus Havel:

havel@rosalux.de

Sozialwissenschaftler. Studium der Soziologie, Sozialpsychologie und Literaturwissenschaften an der Leibniz Universität Hannover; Lehraufträge an der LU-Hannover in Politikwissenschaft und Soziologie. Arbeitsschwerpunkte: Politische Staats- und Demokratietheorie, Entwicklung politischer Institutionen und demokratische Kultur, Vergangenheitspolitik, Deutsche und europäische Außenpolitik, Theorie der Nation, Kritische Gesellschaftstheorie. Vorstandsmitglied der Rosa Luxemburg Stiftung Niedersachsen. Zurzeit Referent des Studienwerks der Rosa Luxemburg Stiftung (Bund).

Oliver Heins

heins@sopos.org

Jg. 1972, Dipl. Sozialwissenschaftler, promoviert gegenwärtig an der Leibniz Universität Hannover zum Thema „Technik und Herrschaft“. Redakteur der „Online-Zeitung“ SoPos.

Dr. Helmut Heit

Helmut.heit@tu-berlin.de

Philosoph. Studium der Philosophie und Politischen Wissenschaft in Hannover und Berlin. Nach der Promotion 2003 wissenschaftlicher Mitarbeiter in Hannover, an der University of California at San Diego, der Humboldt-Universität zu Berlin und seit 2007 Diltthey-Fellow an der Technischen Universität Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Wissenschaftsphilosophie, v.a. Nietzsche und Feyerabend, Sozialphilosophie, v.a. soziale Bewegungen, politische Moral und EU, Philosophie der Antike sowie des 19. und 20. Jahrhundert.

Lars Meyer

lmeyer@uni-bremen.de

Dipl. Pol., Studium der Politikwissenschaften und Soziologie an der Universität Bremen, war u.a. wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsinitiative Sicherheit (FIS) der Leibniz Universität Hannover; Lehrbeauftragter an den Universitäten Bremen, Bielefeld und Hannover.

Dr. Athanasios Karathanassis

karathanassis@gmx.net

Politik- und Sozialwissenschaftler. Studium der Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut und Promotion am Soziologischen Institut der Freien Universität Berlin; Lehraufträge an der FU-Berlin und der Leibniz Universität Hannover. Arbeitsschwerpunkte: Gesellschaftliche Naturverhältnisse, Politische Ökonomie, Globalisierung, Soziale Bewegungen im Postfordismus. Zurzeit interdisziplinärer Forschungskordinator an der LU Hannover.

Dr. Thomas Köhler

drth.koehler@web.de

Sozialwissenschaftler. Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Sozialpsychologie an der Universität Hannover und Promotion am Soziologischen Institut der Universität Rostock; derzeit wissenschaftlicher Mitarbeiter am Eduard Pestel Institut für Systemforschung in Hannover und Aktivist in der Transition Town Bewegung. Arbeitsschwerpunkte: Solidarische Ökonomie, Empirische Sozialforschung, Kulturosoziologie, Gesellschafts- und Sozialtheorie.

Dr. Gregor Kritidis:

g.kritidis@apc.de

Politikwissenschaftler. Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Sozialpsychologie an den Universitäten Hannover und Athen. Er promovierte 2007 in Hannover und ist in der politischen Erwachsenenbildung tätig. Seit 2000 Redakteur des Internetmagazins www.sopos.org. Organisationssekretär der Loccumer Initiative kritischer Wissenschaftlerinnen. Zurzeit Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft der Leibniz Universität Hannover. Arbeitsgebiete: Geschichte und Theorie der Arbeiterbewegung und Soziale Bewegungen.

Maria Tsenekidou

Kidou@web.de

Maria Tsenekidou, geb. 1982; Dipl.-Sozialwissenschaftlerin, Studium der Soziologie, Sozialpsychologie und Politikwissenschaften von 2002-2009 in Hannover; Lehrbeauftragte an der Leibniz Universität Hannover; Mitglied der *AG Politische Psychologie*.

Sebastian Winter

winter@sozpsy.uni-hannover.de

(M.A.). Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie und Sozialpsychologie der Leibniz Universität Hannover sowie Lehrbeauftragter an der Fachhochschule Hannover. Arbeitsschwerpunkte: Geschlechtergeschichte der völkischen Bewegung, Antisemitismusforschung, Geschlechtertheoretische Sozialisationstheorie, Psychoanalytische Sozialpsychologie. Mitglied im Koordinationsrat der *AG Politische Psychologie*. Zurzeit Lehrkraft für besondere Aufgaben an der Universität Bielefeld

Marco Roock

marcoroock@gmx.de

Lehrbeauftragter am Soziologischen Institut der Leibniz Universität Hannover; Mitglied der *AG Politische Psychologie*

Angaben zu den Referent innen:

Judith Dellheim, Dr., geb. 1954 in Karl-Marx-Stadt, 1961-1973 Schule in Karl-Marx-Stadt, Berlin und Halle (ABF), 1973-1978 Studium der politischen Ökonomie an der Universität Lenin-grad, 1978-1983 Assistentin und Promotion an der Hochschule für Ökonomie Berlin, 1983-1985 Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsinstitut des Ministeriums für Außenhandel der DDR, 1985-1990 Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Ministerium für Außenhandel bzw. Außenwirtschaft und Wirtschaft der DDR, 1990-1995 Arbeitslos, ABM, Aktivitäten für die PDS, 1995-2003 Mitglied des Parteivorstands der PDS (hauptamtlich), seit 2004 Freiberuflich tätig, engagiert in der Partei DIE LINKE und in der Sozialforumsbewegung. Mitglied des BdWI und der GEW, der Partei DIE LINKE., Sprecherin der Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftspolitik der Partei DIE LINKE., Mitglied des Redaktionsbeirates des Journals Green Economics, seit 2011 Referentin für Solidarische Ökonomie am Institut für Gesellschaftsanalyse der RLS.

Andreas Fisahn, Prof. Dr., Hochschullehrer an der Universität Bielefeld, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Umweltrecht und Rechtstheorie. Mitglied im wiss. Beirat von attac und im Beirat der RLS NRW. Letzte selbstständige Veröffentlichungen: Die Demokratie entfesseln und nicht die Märkte, Köln 2010; Herrschaft im Wandel. Überlegungen zu einer kritischen Theorie des Staates, Köln 2008.

Gisela Notz, Dr. phil., geb. 1942. Sozialwissenschaftlerin und Historikerin, Berlin. Bis Mai 2007 Wissenschaftliche Referentin im Historischen Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forschungsabteilung Sozial- und Zeitgeschichte. Von 1985 bis 1997 Redakteurin der Zeitschrift "beiträge zur feministischen theorie und praxis", jetzt LunaPark21. Lehrbeauftragte an verschiedenen Universitäten. Arbeitsschwerpunkte: bezahlt und unbezahlt geleistete (Frauen)arbeit, Arbeitsmarkt-, Familien- und Sozialpolitik, Alternative Ökonomie, historische Frauenforschung.

Sabine Reiner, Dr., Bereichsleiterin Wirtschaftspolitik, ver.di Bundesvorstand Vorstand der Rosa Luxemburg Stiftung.

Norbert Rost, geb. 1979, Wirtschaftsinformatiker, leitet das Büro für postfossile Regionalentwicklung in Dresden. www.regionalentwicklung.de

Roland Roth ist seit 1993 Professor für Politikwissenschaft am Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen der Hochschule Magdeburg-Stendal. Er arbeitete als Research Fellow an der University of California in Santa Cruz (UCSC) und am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) sowie als Gastprofessor an der Universität Wien.

Sein wissenschaftliches und politisches Interesse gilt vor allem den Themenfeldern Demokratie, soziale Bewegungen, Bürger- und Menschenrechte. Er ist Mitbegründer des „Komitees für Grundrechte und Demokratie“, war sachverständiges Mitglied in der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ und ist in verschiedenen wissenschaftlichen Beiräten von Stiftungen zu den Themen Kinder- und Jugendbeteiligung, Demokratieentwicklung, Integration und Rechtsextremismus tätig.

Pedram Shahyar ist Aktivist und Blogger, betreibt eine Agentur für Soziale Medien, und ist Lehrbeauftragter der Freien Universität Berlin. www.pedram-shahyar.org

Anne Tittor, Dr., 1999-2006 Studium der Soziologie, Politikwissenschaft und Friedens- und Konfliktforschung an der Philipps-Universität Marburg und der Universidad de Santiago de Compostela, 2001, 2006, 2008, 2009 Forschungsaufenthalte in Mexiko, Argentinien und El Salvador, 2007-2010: Stipendium der Heinrich Böll Stiftung im Rahmen des Promotionskollegs „Global Social Policies and Governance“ an der Universität Kassel, seit 2010 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachgebiet Internationale und Intergesellschaftliche Beziehungen an der Universität Kassel; Forschungsschwerpunkte: Sozial- und Gesundheitspolitik, Lateinamerika, soziale Bewegungen, Entwicklungstheorie, soziale Ungleichheit und Geschlechterverhältnisse.

Thomas Wagner, Dr. phil., *1967. Arbeitete als Kulturosoziologe an der TU Dresden und als Dozent mit Menschen, die als geistig behindert gelten. Mitarbeit am Historisch-Kritischem Wörterbuch des Marxismus (HKWM) und am Neuen Lexikon der Indianer Nordamerikas. Lebt als freier Autor und Redakteur in Berlin. Buchveröffentlichungen: (mit Rüdiger Haude): „Herrschaftsfreie Institutionen. Studien zur Logik ihrer Symbolisierungen und zur Logik ihrer theoretischen Leugnung.“ Baden-Baden 1999; „Irokesen und Demokratie. Ein Beitrag zur Soziologie interkultureller Kommunikation.“ Münster 2004, (mit Jan Rehmann): „Angriff der Leistungsträger? Das Buch zur Sloterdijk-Debatte.“ Hamburg 2010, „Die Einmischer. Wie sich Schriftsteller heute engagieren.“ Hamburg 2010, „Demokratie als Mogelpackung – Oder: Deutschlands sanfter Weg in den Bonapartismus.“ Köln 2011

Nico Weinmann, Politik und Wirtschaft und Germanistik-Studium an der Universität Kassel, 2009/10 Forschungsaufenthalt in Concepción (Chile), seit 2010 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachgebiet Internationale und Intergesellschaftliche Beziehungen an der Universität Kassel; Forschungsschwerpunkte: Wohlfahrtsregime und Sozialpolitik in Lateinamerika, Industrielle Arbeitsbeziehungen, Staatstheorie.

Markus Wissen, PD Dr., geb. 1965, arbeitet am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien und ist Mitglied in der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) sowie beim Komitee für Grundrechte und Demokratie. Seine Arbeitsschwerpunkte sind gesellschaftliche Naturverhältnisse, internationale Umweltpolitik und die räumlichen Dimensionen der Transformation von Staatlichkeit.

Huda Zein, Dr. phil., studierte in Damaskus Soziologie und in Freiburg Philosophie und Islamwissenschaft. Sie promovierte in Freiburg im Fach Soziologie zum Thema „Entfremdung als Form der Vergesellschaftung – Zur Kritik abstrakter Praxis“. Ab dem WS 2006/2007 arbeitete sie als freie Dozentin im Fach Soziologie und ab dem WS 2007/2008 im Fach Islamwissenschaft an der Universität Freiburg. Seit dem WS 2008/2009 arbeitet sie als Lektorin für Arabisch am Centrum für Nah- und Mittelost-Studien der Philipps-Universität in Marburg. <http://www.uni-marburg.de/cnms/arabistik/team/zein>

Anfahrten mit der Bahn:

... zum Im Moore 21:

Ihr verlasst den **Hauptbahnhof** auf der Vorderseite und geht geradeaus über den Bahnhofsvorplatz in die Bahnstraße. Am Ende der Bahnstraße seid ihr am **Kröpcke**, geht dort in die U-Bahn und nehmt die **Linie 4** (Richtung Garbsen) **oder 5** (Richtung Stöcken) und fahrt **bis Königsworther Platz**. Ihr geht in Fahrtrichtung entlang der Nienburger Straße bis zur Wilhelm-Busch-Straße, biegt dort rechts ein und folgt dieser bis Puttenser Oberstraße. Dort beginnt halb links die Straße Im Moore. Die Nummer 21 befindet sich auf der linken Seite.

Bild auf der Titelseite:

Mephisto und Schüler; Szene aus Faust I (1. Reihe)

von Margret Hofheinz-Döring, Rechte: Galerie Brigitte Mauch Göppingen

Lizenziert unter Creative Commons Attribution-ShareAlike 3.0 Unported

Veranstalterin der KrUH:

Rosa Luxemburg
Stiftung Niedersachsen e.V.



unterstützt vom



Mit freundlicher Unterstützung der Rosa Luxemburg Stiftung (Berlin)



**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**

sowie



www.sopos.org

Bücher aus dem Offizin - Verlag:

Zu erwerben auch auf dem Büchertisch zur KrUH

Gregor Kritidis:

**Linksozialistische Opposition in der Ära Adenauer.
Ein Beitrag zur Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland**
Gebunden, 582 Seiten, 39,80 Euro
ISBN 978-393-034-561-8

Marcus Hawel:

**Die normalisierte Nation. Vergangenheitsbewältigung
und Außenpolitik in Deutschland**
448 Seiten, 25,80 EUR, ISBN 10-3930345501

Marcus Hawel und Gregor Kritidis (Hg.):

**Aufschrei der Utopie.
Möglichkeiten einer anderen Welt**
304 Seiten, 18,80 Euro, ISBN 393034551X

Michael Buckmiller, Gregor Kritidis und
Michael Vester (Hg.):

**Peter von Oertzen.
Demokratie und Sozialismus
zwischen Politik und Wissenschaft**
461 Seiten, 24 Euro, ISBN 3930345447

Susanne Schmidt und Marcus Hawel (Hg.):

**Vom Nutzen der Kritik.
Perspektiven der Studierenden und ihrer Proteste**
142 Seiten, 8,40 Euro (Sonderpreis auf der KrUH: 5 EUR), ISBN 3930345145

Thomas Köhler:

**Reflexivität und Reproduktion.
Zur Sozialtheorie der Kultur der Moderne nach
Habermas und Bourdieu**
28,00 EUR, ISBN 3930345315

Rolf Pohl:

**Feindbild Frau.
Männliche Sexualität, Gewalt und die Abwehr des Weiblichen**
34,80 EUR, ISBN 3930345366

Joachim Perels:

**Entsorgung der NS-Herrschaft?
Konfliktlinien im Umgang mit dem Hitler-Regime**
22,00 EUR, ISBN: 3930345420

Joachim Perels (Hg.):

**»Leiden beredt werden lassen ...«
Beiträge über das Denken Theodor W. Adornos**
200 Seiten, 16,80 EUR, ISBN: 3930345536

Marcus Hawel, Helmut Heit, Gregor Kritidis und Utz Anhalt (Hg.):

**Politische Protestbewegungen.
Probleme und Perspektiven nach 1968**
Ca. 232 Seiten, 16,80 EUR, ISBN 9783930345694

Sopos on CD

40 Jahre nach 1968

CD mit den Mitschnitten der Vorträge aus der
Veranstaltungsreihe aus 2008 an der Universität
und im Leibniz Haus Hannover

Mit: Peter Erwin Jansen, Gregor Kritidis, Michael
Buckmiller, KD Wolff, Klaus Meschkat, Wolfgang

Nitsch, Theo Becker, Helmut Heit, Joachim Perels, Regina Becker-Schmidt, Marcus Hawel und Michael Vester.

5 EUR inkl. Versand (7 EUR). mailorder@sopos.org.

Bücher in anderen Verlagen:

Athanasios Karathanassis:

**Naturzerstörung und kapitalistisches Wachstum.
Ökosysteme im Kontext ökonomischer
Entwicklungen**

VSA-Verlag Hamburg

14,80 EUR, ISBN 3-89965-018-2

Sergio Bologna, Michael Danner, Willi Hajek,
Holger Heide, Athanasios Karathanassis und Lars Meyer (Hg.):

**Selbstorganisation... Transformationsprozesse
von Arbeit und sozialem Widerstand im
neoliberalen Kapitalismus**

Die Buchmacherei Berlin

12,00 EUR, ISBN 978-3-00-021396-0

Thomas Köhler:

**Politische Soziologie der Lebensweisen
Feld-forschendes Lernen à la Bourdieu**

Ibidem: Stuttgart

29,90 EUR, ISBN 978-3838202174

Hanno Pahl und Lars Meyer (Hg.):

Gesellschaftstheorie der Geldwirtschaft. Soziologische Beiträge

Metropolis: Marburg

38,00 EUR, ISBN 978-3895187988